



**N i e d e r s c h r i f t**

**48. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses**

---

Sitzungstermin: Dienstag, 06.12.2016  
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:20 Uhr  
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

---

Anwesende:

Herr Henning Wulf  
Herr Winfried Zylka Kreispräsident Vertretung für: Frau Doris Grote  
Frau Edda Lessing  
Herr Kurt Barkowsky  
Herr Sven-Hilmer Brauer bis 19:00 Uhr  
Herr Claus Peter Dieck  
Herr Hans-Jürgen Scheiwe  
Frau Rita Marcussen  
Herr Peter Säker  
Frau Lore Würfel Vertretung für: Herrn Tobias Köpke  
Herr Arne Hansen ab 19:20 Uhr Vertretung für: Frau Maren Berger  
Herr Dr. Eberhard Krauß  
Herr Raimund Schulz bis 19:20 Uhr Vertretung für: Frau Maren Berger  
Herr Wolfgang Schnabel  
Herr Toni Köppen  
Herr Heinz-Michael Kittler  
Frau Anke Pawlik Kreissenioresenbeirat  
Frau Rosemarie Jahn  
Herr Landrat Schröder  
Herr Ebert Kommissarische Werkleitung ISE  
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz  
Frau Tiedt FBL Zentrale Steuerung  
Frau Baum FDL Bau- und Umweltverwaltung  
Herr Dr. Friege FDL Gesundheit  
Herr Lorenzen FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst bis 19:00 Uhr  
Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung  
Herr Hartung Finanzen  
Herr Ringel Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung  
Frau Müller Protokollführerin

Abwesende:

Frau Doris Grote -  
Herr Tobias Köpke -  
Frau Maren Berger -

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2016
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Neuausrichtung im Rettungsdienst des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2016/244
- 3.2 Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale  
Vorlage: DrS/2016/217
- 3.3 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Teilplan 5712, Wirtschaftsförderung  
Vorlage: DrS/2016/260
- 3.4 BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR Jahresabschluss 2015  
Vorlage: DrS/2016/268
- 3.5 Gewährung von Rechtsschutz für Beschäftigte des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2016/234
- 3.6 Genehmigung einer Nebentätigkeit des Landrats im Aufsichtsrat der Hamburg Marketing GmbH (HMG)  
Vorlage: DrS/2016/269

- 3.7 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg - hier: 6. Nachtragssatzung (vgl. KT-Beschluss vom 13.10.2016 zur DrS/2016/189 und 189-1 ISE Reintegration in Aufbaustruktur Kreisverwaltung)  
Vorlage: DrS/2016/271
- 4 Berichte/Informationen
  - 4.1 Informationen des Landrates
  - 4.2 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Anfragen
  - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

*Die folgenden Tagesordnungspunkte werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich behandelt.*

- 7 Ergebnis Ausschreibungsverfahren "Initialisierung und Begleitung kommunaler Kümmerer"  
Vorlage: DrS/2016/253
- 8 Beteiligungen / laufendes Berichtswesen zum 30.09.2016  
Vorlage: DrS/2016/272
- 9 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

**(öffentlich)**

- 10 Öffentliche Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

**Protokoll:**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

#### **zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

## zu 2      **Formalien**

### zu 2.1      **Genehmigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag der CDU-Fraktion, die Kündigungsfrist in den bestehenden Vereinbarungen mit dem Rettungsdienst zu verkürzen, unter TOP 3.1 mit zu beraten. Als neue Tagesordnungspunkte sollen eingefügt werden

TOP 3.8 Besetzungsvorschlag der Projekt- und Lenkungsgruppe zum Zukunfts-/ Investitionsprogramm für die kommunale Familie des Kreises Segeberg,

TOP 3.9 Haushalt des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2017 (Stand 06.12.2016) mit den Unterpunkten TOP 3.9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Kreisumlage und TOP 3.9.2 Antrag der FDP-Fraktion zur Kreisumlage und

TOP 3.10 Kreistag am 08.12.2016.

Weiter können TOP 7,8 und 9 öffentlich behandelt werden, so dass TOP 10 entfällt.

Anschließend stellt der Vorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 8      Ablehnung: -      Enthaltung: 4

### zu 2.2      **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2016**

Die Niederschrift vom 08.11.2016 wurde bereits am 01.12.2016 genehmigt.

## zu 3      **Beratung und/oder Beschlussfassung**

### zu 3.1      **Neuaustrichtung im Rettungsdienst des Kreises Segeberg** **Vorlage: DrS/2016/244**

Herr Dieck erklärt sich als befangen und verlässt den Raum.

Herr Barkowsky stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor, der dem Protokoll beiliegt und ergänzt, dass die Abgeordneten frühzeitig von der Verwaltung in eine Richtung gelenkt worden seien. Weiter solle die Kündigungsfrist um 1 Jahr verkürzt werden. Die Entscheidung könne vertagt werden, damit weitere Gespräche mit den Beteiligten möglich seien.

Frau Lessing entgegnet, dass sie sich nicht in eine Richtung gedrängt fühle. Seit Jahrzehnten würde sich mit dem Rettungsdienst beschäftigt werden und im letzten Jahr wurden alle bestehenden Möglichkeiten zur Neuaustrichtung vorgestellt. Das Rechnungsprüfungsamt hat seine Einschätzung abgegeben, so dass nun eine politische Entscheidung ausstünde. Gleichzeitig wurde der Antrag der CDU-Fraktion bereits diskutiert und es wurde festgestellt, dass weitere Gespräche keine neuen Erkenntnisse bringen können.

Herr Schnabel ergänzt, dass es nicht nur juristische und formale Gründe gebe, sondern auch inhaltliche.

Der Landrat bestätigt, dass verschiedene Möglichkeiten der Neuaustrichtung betrachtet worden seien. Als Ergebnis der intensiven Diskussionen, die nun knapp ein Jahr andauern, habe die Untergruppe des OVG-Ausschusses empfohlen, dass die Verwaltung einen Beschlussvorschlag erarbeiten solle. Ein Beschlussvorschlag legt sich naturgemäß fest. Dabei ist zu betonen, dass eine sachliche Lösung aufgezeigt worden sei. Sollte der Rettungsdienst in Zukunft durch die RkiSH durchgeführt werden, gebe es weder Veränderungen der Standorte, der Fahrzeuge und des Personals. Eine Verlegung der Standorte sei nur in Absprache mit den Krankenkassen möglich.

Er erklärt, dass weitere Gespräche keine neuen Informationen bringen würden und das Abwarten zu keiner Rechtssicherheit führe.

Außerdem seien die 2 Jahre notwendig, um die Übertragung vorzubereiten.

Herr Barkowsky stellt fest, dass die rechtlichen Meinungen auseinander gehen würden. Er wolle

die Zeit nutzen, um die Bereichsausnahme weiter zu prüfen. Weiter erklärt er, dass persönliche Einstellungen keinen Einfluss auf die Entscheidung haben sollten. Er weist daraufhin, dass eine Entscheidung für die RkiSH zu einer Schwächung des Ehrenamtes führen könne.

Herr Schulz entgegnet, dass die Vertragspartner über die Neuausrichtung informiert worden seien. Er betont, dass die mangelnde Information der Mitarbeiter kein Versäumnis des Kreises oder der Politik sei. Die rechtliche Bewertung habe er von der Verwaltung in Anspruch genommen, die eine Thematik zur Entscheidungsfindung vorzubereiten gehabt habe. Er habe sich eingehend mit der Neuausrichtung beschäftigt und fühle sich in der Lage eine Entscheidung zu treffen.

Der Landrat erklärt auf Nachfrage, dass 2 Jahre bis zum Ende der Kündigungsfrist zuzüglich des Übergabjahres ausreichend seien, um die tarifrechtliche Überleitung des Personals einschließlich eines entsprechenden Überleitungstarifvertrages an die RkiSH zu gewährleisten. Weiter solle eine schnelle Klarheit für die Mitarbeiter bestehen.

Herr Säker betont, dass der Verwaltung nicht blind vertraut wurde, sondern auch eigene Prüfungen vorgenommen worden seien. Da keine höchstrichterliche Entscheidung vorliege, müsse jeder selber entscheiden, was die rechtssicherste und beste Lösung sei.

Herr Ringel erläutert, dass eine Änderung/ Anpassung der bestehenden Konstruktion rechtlich nicht möglich sei, da die Konstruktion gegen das Rettungsdienstgesetz verstoße. Die Vergabekammer Rheinland sei kein Gericht, sondern ein Teil der Verwaltung. Die Entscheidung der Vergabekammer sei zudem seiner Meinung nach nicht einschlägig.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Vergabekammer Rheinland eine andere rechtliche Auffassung vertrete. Danach lässt er erst über den Antrag der CDU-Fraktion und anschließend über den Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Antrag der CDU-Fraktion**

Die Kündigungsfrist der Kündigung vom 16.11.2007 zu verkürzen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt

Zustimmung: 5    Ablehnung: 7    Enthaltung: -

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag des Kreises Segeberg beschließt:

Die Rechtsfolgenwirkung der Kündigungen vom 16.11.2007 der Verträge mit den bisherigen Leistungserbringern im öffentlichen Rettungsdienst sind fristgerecht zum 31.12.2018 auszulösen.

Möglichst frühzeitig sind dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rettungsdienst, aktuell vom DRK und KBA, vertreten jeweils durch ihren Betriebsrat, in die Verhandlungen einzubeziehen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen in den dafür relevanten Punkten mit Vertreterinnen oder Vertretern der ehrenamtlichen Strukturen des DRK und KBA abzustimmen. Das endgültige Verhandlungsergebnis ist, versehen mit entsprechenden Stellungnahmen der vorher genannten Stellen, der Kreispolitik zur Zustimmung vorzulegen.

Die Verwaltung wird damit beauftragt, entsprechende Verhandlungen zum Beitritt zu der Rettungsdienstkooperation in Schleswig-Holstein gGmbH (RkiSH) aufzunehmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich

Zustimmung: 7    Ablehnung: 5    Enthaltung: -

**zu 3.2     Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale**  
**Vorlage: DrS/2016/217**

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag des Kreises Segeberg, die in der Anlage 2 beigefügte Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 11   Ablehnung: -   Enthaltung: -

(Ein Abgeordneter zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum)

**zu 3.3     Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Teilplan 5712, Wirtschaftsförderung**  
**Vorlage: DrS/2016/260**

Frau McGregor erläutert auf Nachfrage, dass der Zahlungsvorgang als Aufwand/ Auszahlung und Ertrag/ Einzahlung abgebildet werde.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag genehmigt gemäß § 95 d Abs. 1 Gemeindeordnung über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Teilplan 5712 in Höhe von insgesamt 281.501,10 EUR. Die Deckung ist gewährleistet durch außerplanmäßige Erträge und Einzahlungen im Teilplan 5712.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 8   Ablehnung: -   Enthaltung: 3

(Ein Abgeordneter zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum)

**zu 3.4     BBZ Bad Segeberg AöR und BBZ Norderstedt AöR Jahresabschluss 2015**  
**Vorlage: DrS/2016/268**

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache.

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag nimmt die Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2015 des BBZ Bad Segeberg AöR und des BBZ Norderstedt AöR zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 11   Ablehnung: -   Enthaltung: -

(Ein Abgeordneter zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum)

**zu 3.5     Gewährung von Rechtsschutz für Beschäftigte des Kreises Segeberg**  
**Vorlage: DrS/2016/234**

Frau McGregor erklärt, dass die Sachkosten aus den vorhandenen Sachmitteln bezahlt würden.

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, die Vereinbarung mit den Spitzenorga-

nisationen der Gewerkschaften nach § 59 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein über Rechtsschutz in Straf- und Zivilsachen für Beschäftigte des Landes soll entsprechend der Empfehlung des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten für die Beschäftigten des Kreises Segeberg im Sinne des § 3 MBG-SH entsprechend angewendet werden. Gleichzeitig wird der Beschluss des Kreisausschusses vom 17.02.1993 aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

(Ein Abgeordneter zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum)

**zu 3.6 Genehmigung einer Nebentätigkeit des Landrats im Aufsichtsrat der Hamburg Marketing GmbH (HMG)  
Vorlage: DrS/2016/269**

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache.

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss

1. genehmigt Herrn Landrat Jan Peter Schröder gem. NebentätigkeitsVO die Ausübung des Mandats im „Aufsichtsrat der Hamburg Marketing GmbH“ mit Wirkung ab 01.01.2017 für den Zeitraum 2017 – 2018.

Außerdem wird die Nutzung der zur Durchführung dieser Ämter notwendigen Mittel des Kreises genehmigt.

2. verzichtet zu der Nebentätigkeit gem. 1. auf die Erhebung eines Nutzungsentgelts von Herrn Landrat Schröder.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

(Ein Abgeordneter zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum)

**zu 3.7 Änderung der Hauptsatzung des Kreises Segeberg - hier: 6. Nachtragssatzung (vgl. KT-Beschluss vom 13.10.2016 zur DrS/2016/189 und 189-1 ISE Reintegration in Aufbaustruktur Kreisverwaltung)  
Vorlage: DrS/2016/271**

Der Landrat weist daraufhin, dass in der Vorlage zwei Möglichkeiten aufgezeigt werden. Die Einrichtung des Bauausschusses als beratender Ausschuss (Anlage 1) und als beschließender Ausschuss (Anlage 2).

Frau Lessing spricht sich für die Einrichtung des Bauausschusses als beschließender Ausschuss aus, da Immobilienkäufe bis zu einer bestimmten Höhe entschieden werden müssen.

Herr Barkowsky spricht sich für die Einrichtung des Bauausschusses als beratender Ausschuss aus, damit alle Ausschüsse einheitliche Kompetenzen haben.

Der Vorsitzende stellt zuerst die Einrichtung des Bauausschusses als beschließender Ausschuss zur Abstimmung und anschließend die Einrichtung des Bauausschusses als beratender Ausschuss.

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Die 6. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Segeberg wird in der als **Anlage 2** beigefügten Fassung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt

Zustimmung: 4    Ablehnung: 8    Enthaltung: -

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:

Die 6. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung des Kreises Segeberg wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 12    Ablehnung: -    Enthaltung: -

### **zu 3.8    Besetzung der Projekt-/Lenkungsgruppe zum Zukunfts-/ Investitionsprogramm für die kommunale Familie des Kreises Segeberg**

Frau Lessing merkt zum Besetzungsvorschlag der CDU-Fraktion, welcher dem Protokoll beiliegt an, dass die Vorsitzenden der Ausschüsse zu einzelnen Themen hinzugezogen werden können. Sollte eine grundsätzliche Zugehörigkeit der Ausschussvorsitzenden gewollt sein, müssten alle Ausschussvorsitzenden teilnehmen und dann wäre die Lenkungsgruppe nicht mehr arbeitsfähig. Sie schlägt vor, dass die Lenkungsgruppe aus je einem Vertreter der Fraktionen mit einem namentlich benannten Stellvertreter, dem Landrat und der Fachdienstleitung 20.00 (Finanzen) und je einem Vertreter der Städte und der Gemeinden bestehen solle.

Der Landrat erläutert auf Nachfrage, dass aus der Verwaltung themenbezogen andere Fachbereichsleitungen teilnehmen sollten. Die Fachdienstleitung 20.00 (Finanzen) sei als ständiges Mitglied sinnvoll, da Zukunfts-/Investitionen in den meisten Fällen nicht ohne finanzielle Mittel möglich seien.

Herr Barkowsky stellt den Besetzungsvorschlag der CDU-Fraktion vor und erläutert, dass die CDU investitionsorientiert gedacht habe, weshalb die Vorsitzenden der Ausschüsse WRI, UNK und HA an der Lenkungsgruppe teilnehmen sollen. Er erklärt sich aufgrund der themenbezogenen Hinzuziehung von Fachpersonal dazu bereit, aus dem Vorschlag die Fachbereichsleitung IV zu streichen.

Der Vorsitzende lässt zuerst über den geänderten Antrag der CDU-Fraktion abstimmen und danach über den der SPD-Fraktion.

### **Antrag der CDU-Fraktion:**

Die Projekt-/Lenkungsgruppe wird wie folgt besetzt:

Vors. des UNK Ausschuss

Vors. des WRI Ausschuss

Vors. des Hauptausschuss

SPD – Fraktion

FDP – Fraktion

Piraten – Fraktion

„Die Linke“ Fraktion

Verwaltung FD 20.00

Landrat

OB der Stadt Norderstedt

Vorsitzender des Gemeindetages

### **Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt

Zustimmung: 5    Ablehnung: 7    Enthaltung: -

**Antrag der SPD-Fraktion:**

Die Projekt-/Lenkungsgruppe wird wie folgt besetzt:

Ein Vertreter aus jeder Fraktion, der einen namentlich genannten Vertreter benennt;  
der Landrat;

Frau McGregor als Fachdienstleitung 20.00;

ein Vertreter der Städte;

ein Vertreter der Gemeinden

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich

Zustimmung: 7    Ablehnung: 5    Enthaltung: -

Für die Fraktion B'90/ Die Grünen nimmt Herr Hansen als Mitglied und Herr Dr. Krauß als stellv. Mitglied teil.

Für die SPD-Fraktion nimmt Frau Lessing als Mitglied und Herr Ahrens als stellv. Mitglied teil.

Für die FDP-Fraktion nimmt Herr Schnabel als Mitglied und Frau Jahn als stellv. Mitglied teil.

Für die Piraten-Fraktion nimmt Herr Köppen als Mitglied und Herr Walle als stellv. Mitglied teil.

Für die Linke-Fraktion nimmt Herr Kittler als Mitglied und Herr Dachsel als stellv. Mitglied teil.

*Herr Barkowsky gibt im Nachhinein zu Protokoll:*

*Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Buthmann als Mitglied und Herr Wulf als stellv. Mitglied teil.*

**zu 3.9    Festsetzung der Höhe der Kreisumlage**

Die FDP-Fraktion beantragt die Senkung der Kreisumlage um 1%-Punkt.

Die CDU-Fraktion beantragt die Senkung der Kreisumlage um 2%-Punkte.

Die Piraten-Fraktion beantragt die Senkung der Kreisumlage um 0,75%-Punkte.

Die Fraktion B'90/Die Grünen beantragt die Senkung der Kreisumlage um 1,25%-Punkte.

Die SPD-Fraktion beantragt die Senkung der Kreisumlage um 1%-Punkt.

Die Linke-Fraktion beantragt die Kreisumlage unverändert zu lassen.

Anschließend stellt der Vorsitzende die Vorschläge zur Abstimmung beginnend mit dem weitestgehenden.

**Antrag der CDU-Fraktion:**

Die Kreisumlage wird um 2 %-Punkte gesenkt.

**Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt

Zustimmung: 5    Ablehnung: 7    Enthaltung: -

**Antrag der Fraktion B'90/ Die Grünen:**

Die Kreisumlage wird um 1,25 %-Punkte gesenkt.

**Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt

Zustimmung: 4    Ablehnung: 5    Enthaltung: 3

**Antrag der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion:**

Die Kreisumlage wird um 1 %-Punkt gesenkt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich

Zustimmung: 6    Ablehnung: 5    Enthaltung: 1

### **zu 3.10 Haushalt des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2016 (Stand 06.12.2016)**

Frau McGregor stellt die Änderungsliste mit Stand 06.12.2016 vor, welche dem Protokoll beiliegt und ergänzt, dass im Ergebnisplan ein Überschuss von 10,8 Mio. nach der Kreisumlagen-senkung um 1%-Punkt ein Überschuss von 7,8 Mio. zu erwarten sei. Weiter erläutert sie die Änderungen im Gesamtfinanzplan, welcher dem Protokoll beiliegt und erklärt, dass ein Schuldenabbau weiter möglich sei.

Sei erläutert auf Nachfrage, dass die Personalkosten, die nach der Ausschreibung der Betreuungsleistungen in den Gemeinschaftsunterkünften Warder und Schackendorf gestrichen werden konnten, in Sachkosten umgewandelt worden seien.

Frau Tiedt erklärt auf Nachfrage, dass 29,8 neue Stellen geschaffen worden seien.

Der Landrat erläutert auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass ein Personalkostendeckel von 2 % d.h. 800 TEUR eingeplant sei.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass die HH-Satzung noch nicht vorliege und erst im Kreistag beschlossen werden könne. Anschließend lässt er über den Ergebnis- und Finanzplan 2017 abstimmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushalt 2017 unter Berücksichtigung der heute vorliegenden Veränderungsliste mit Stand vom 06.12.2016 zu beschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich

Zustimmung: 7    Ablehnung: 5    Enthaltung: -

Pause: 19:50-20:00

### **zu 3.11 Kreistag am 08.12.2016**

Der Kreispräsident stellt die Tagesordnung des Kreistages vom 08.12.2016 vor und erläutert, dass die meisten Tagesordnungspunkte ohne Aussprache behandelt werden können. Diskussionen würden zur Neuausrichtung des Rettungsdienstes, zu den Anträgen der CDU-Fraktion zum Organisations- und Personalbedarf der Verwaltung und zum Investitionsprogramm erwartet. Zum Haushalt solle der Landrat einleiten, dann der Vorsitzende des Hauptausschusses sowie danach die Fraktionsvorsitzenden die Gelegenheit bekommen, ihre Ausführungen zu machen. Dies soll dazu führen, dass eine gemeinsame Beratung und anschließend eine Einzelabstimmung erfolgen könne. Der TOP 31 könne öffentlich behandelt werden, so dass der TOP 32 entfallen werde. Er erwarte, dass die Sitzung bis mindestens 22:00 Uhr gehen würde und weist daraufhin, dass anschließend ein kleiner Imbiss bereit stünde, um das Jahr und die gute Zusammenarbeit Revue passieren zu lassen.

## **zu 4 Berichte/Informationen**

### **zu 4.1 Informationen des Landrates**

Der Landrat gibt den aktuellen Schuldenstand zu Protokoll. Er verweist auf den Bericht aus den Beteiligungen in der Drucksache 2016/272.

Weiter stellt er den Antrag des WZV vor, welcher dem Protokoll beiliegt und schlägt vor, die Mittel, wenn politisch gewollt, durch den Kreisfond auszugleichen. Der WZV werde im Vorwege gebeten einen entsprechend detaillierten Antrag zu stellen. Eine Aufstellung der Mittelverwendung könne dann im Oktober 2017 vorgelegt werden.

#### **zu 4.2 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten**

Es gibt keine Berichte/ Informationen des Kreispräsidenten.

#### **zu 5 Verschiedenes**

##### **zu 5.1 Anfragen**

Auf die Anfrage des Vorsitzenden vom 08.11.2016 gibt Herr Falck die Präsentation zu natur-schutzrechtlichen Ersatzgeldern gemäß Eingriffsregelung zu Protokoll.

##### **zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung**

Herr Rüge erläutert auf Nachfrage, dass der Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg 2014-2015 noch vor Weihnachten versendet werde. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses könne der Bericht dann vorgestellt werden.

#### **zu 6 Einwohnerfragestunde II**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

#### **zu 7 Ergebnis Ausschreibungsverfahren "Initialisierung und Begleitung kommunaler Kümmerer"**

**Vorlage: DrS/2016/253**

Der Landrat erklärt, dass kein tatsächliches Ausschreibungsverfahren erfolgt sei, sondern ein Zuschussverfahren.

Anschließend stellt der Vorsitzende den geänderten Beschlussvorschlag des Sozialausschusses zur Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss beschließt, den Bieter Pflegestützpunkt mit der erreichten höchsten Punktzahl mit der Projektvergabe für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2019 zu beauftragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

#### **zu 8 Beteiligungen / laufendes Berichtswesen zum 30.09.2016**

**Vorlage: DrS/2016/272**

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

#### **zu 9 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement**

Es liegt kein weiterer Bericht aus den Beteiligungen vor.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Henning Wulf  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Müller  
(Protokollführung)